

Mehr Demokratie wagen! Über Bernd Ladwigs "Politische Philosophie der Tierrechte"

Niesen, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Niesen, P. (2020). Mehr Demokratie wagen! Über Bernd Ladwigs "Politische Philosophie der Tierrechte". *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-81179-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

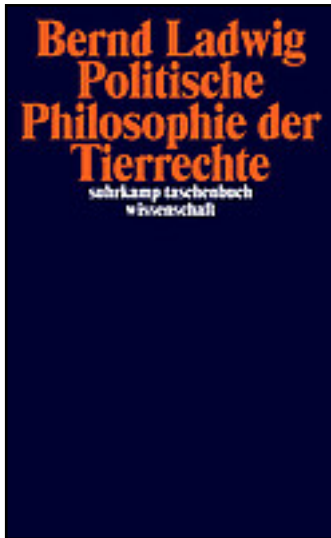
Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Peter Niesen | Literaturessay | 16.12.2020

Mehr Demokratie wagen!

Über Bernd Ladwigs "Politische Philosophie der Tierrechte"



Bernd Ladwig
Politische Philosophie der Tierrechte
Deutschland
Berlin 2020: Suhrkamp
411 S., EUR 22,00
ISBN 978-3-518-29915-9

Der *political turn* in den Studien des Mensch-Tier-Verhältnisses hat unsere Wahrnehmung anhaltender Missstände vom Kopf auf die Füße gestellt. Die gewaltsame Ausbeutung in der Massentierhaltung und in Tierversuchslaboren, die bereits in den 1970er-Jahren die erste Generation von Tierrechtlern auf den Plan gerufen hatte, wird heute nicht mehr vorrangig als moralischer, sondern als politischer Skandal angesehen. Tiere werden nicht mehr von vornherein außerhalb der Grenzen des Politischen verortet; ganz im Gegenteil werden viele Tierarten zunehmend als Teile politischer Gemeinwesen begriffen. Nicht mehr ihr schieres Leiden, sondern ihre politisch lizenzierte und subventionierte Unterdrückung tritt in den Vordergrund. Die profitorientierte Tierhalterin und der gedankenlose Konsument sind nun weniger in ihrer Identität als Unternehmerin oder Privatperson von Interesse als vielmehr in ihrer Rolle als zurechnungsfähige Bürgerinnen, denen – zumindest in demokratischen Staaten – eine Verantwortung für die gesetzlich sanktionierte Unterdrückung der Tiere zugeschrieben werden kann. Demokratien, die ihre Tiere peinigen und knechten, erscheinen zunehmend als defekte Demokratien.

Mit dieser Sichtweise unterscheiden sich politische Zugänge ums Ganze von den ökologisch motivierten Ansätzen unserer Tage, die sich vorrangig an Zielen wie der Verhinderung des

Artensterbens oder der Reduzierung der CO₂-Emissionen orientieren, und die sich anschicken, die Deutungshoheit über die Mensch-Tier-Verhältnisse zu übernehmen. Im Gegensatz zu diesen vorrangig an umweltpolitischer Nachhaltigkeit orientierten Ansätzen präsentieren die im Zuge des *political turn* entstandenen Arbeiten Tiere als anspruchsberechtigte Einzelwesen. Nahezu alle Autorinnen greifen dabei auf das ältere Vokabular der Tierrechte zurück¹ und nehmen es auf die eine oder andere Weise in das neue politische Paradigma auf. Bernd Ladwigs Buch ist die erste deutschsprachige Arbeit, die die Ansätze der Tierrechte und der Tierpolitik zusammenführt und miteinander verbindet – umfassend, präzise, geduldig und ohne Jargon. Ladwig überblickt souverän die ausdifferenzierte Literatur, deren vielstimmige Einflüsse er ordnet und zu einer wohldurchdachten, präzise umrissenen Position zusammenfügt. Und auch wenn sein Autor den Innovationen des *political turn* nur teilweise, und manchmal nur zähneknirschend folgt und sich von einigen Positionen, etwa der Vorstellung einer Aktivbürgerschaft für Tiere, kritisch absetzt, kann sein Buch auch für dieses Genre als neues Standardwerk gelten.

Tatsächlich vollzieht Ladwig den *political turn* gleich in einem fünffachen Sinn:² Erstens nimmt auch seine Darstellung ihren Ausgang von der politischen Unterwerfung von Tieren durch Menschen. Zweitens gibt er sich nicht mit den ethischen Ansprüchen von Tieren zufrieden, sondern leistet eine Begründung ihrer politischen, also mit Zwangsgewalt durchsetzbaren Ansprüche. Er fordert drittens die politische Inklusion mancher Tierklassen in unsere bestehenden politischen Gemeinwesen. Seine Agenda ist viertens „emphatisch politisch“ (S. 241 u. S. 325), weil sie auf die dauerhafte Institutionalisierung von Mensch-Tier-Verhältnissen hinausläuft und diese nicht etwa beenden will, wie es die abolitionistische Spielart der Tierrechtsphilosophie nahelegt. Und fünftens wird die politische Anlage des Buches auch darin deutlich, dass sein Autor den eigenen Status innerhalb der politischen Debatten demokratischer Öffentlichkeiten reflektiert, indem er sich deren „nicht-idealen“ Eigenschaften, das heißt ihrer Zerrissenheit in Bezug auf das Mensch-Tier-Verhältnis stellt. Manche Kritikerinnen, denen die Debatte über politische Inklusion schon viel zu weit geht, wünschen sich die übersichtlichere Diskussion über Tierrechte zurück.³ Meine eigene Kritik setzt hingegen die Produktivität des *political turn* voraus und argumentiert, dass Ladwig zu zaghaft agiert und nicht weit genug geht. Sein interessentheoretischer Ausgangspunkt in einer Konzeption moralischer Tierrechte hindert ihn daran, das Potenzial der politischen Wende konsequent auszuschöpfen. Nach einer komprimierten Darstellung von Ladwigs Position und ihrer zentralen Argumente (1) werde ich zunächst versuchen, Zweifel an der Eignung des Vokabulars moralischer Rechte für tierpolitische Fragen zu säen (2), um dann die politischen Elemente von Ladwigs

Theorie zu erörtern (3). Im letzten Abschnitt argumentiere ich, dass seine tierpolitische Agenda es unter Bedingungen gegenwärtiger, nicht-idealer Gesellschaften schwer haben wird, Gehör zu finden, weil sie nicht politisch genug ansetzt (4).

(1) Das Buch gliedert sich in zwei große Teile, aber die Argumentation schreitet in vier Etappen voran. In der Einleitung weicht Ladwig zunächst von dem charakteristischen Einstieg traditioneller tierrechtlicher Arbeiten ab und formuliert die Problembeschreibung in einem dezidiert politischen Vokabular. Er verweist nicht nur auf die zahllosen individuellen Grausamkeiten, die Tieren von den Menschen, die sie in ihrer Gewalt haben, tagtäglich widerfahren, sondern begreift die bestehenden Gewaltverhältnisse als systemisches Unrecht. Menschen und Tiere begegnen einander nicht nur, nahezu unentrinnbar, auf ein und demselben Territorium, sie sind miteinander in einer gemeinsamen institutionellen Grundstruktur verbunden, die ihre Lebensverhältnisse durchgehend bestimmt und sich systematisch zum Nachteil der Tiere auswirkt. Allerdings geht Ladwig das Problem der ebenso ungerechten wie illegitimen Grundstruktur nicht frontal an, sondern schlägt zunächst, hierin der traditionellen Tierrechtsphilosophie verpflichtet, einen Umweg ein. Im ersten Hauptteil, der knapp die Hälfte des Buches ausmacht (S. 41–214), leitet er aus der tierlichen Erlebensfähigkeit (*sentience*) und den daraus resultierenden Interessen weitreichende moralische Rechte ab. Dieser vorbereitende Schritt aus der politischen Philosophie zurück in die Moralphilosophie, ist in der heutigen Tierrechtsliteratur üblich und nichts weniger als idiosynkratisch. Prägende Werke des *political turn* wie Sue Donaldsons und Will Kymlickas *Zoopolis* oder Alasdair Cochranes *Sentientist Politics* schalten der Erörterung institutioneller Verhältnisse zwischen Menschen und Tieren ebenfalls eine Moraltheorie vor, die Tierrechte in Analogie zu vorpolitischen Menschenrechten versteht und der politischen Verfügung entzieht.⁴ Der Argumentationsfaden einer politischen Philosophie der Tierrechte soll also zunächst durch das Nadelöhr der moralischen Begründung hindurch, um von dort aus substanzielle Gebote und Verbote in die politische Theorie hinein zu transportieren. Im zweiten Hauptteil des Buches (S. 215–360) unternimmt es Ladwig sodann, die „Politischen Kontexte“ der moraltheoretisch begründeten Gebote und Verbote bereitzustellen, sie in ein demokratisches Regierungssystem einzubetten und darin näher auszugestalten. Dabei werden die moralischen Rechte der Tiere, nicht von Menschen versehrt, depriviert, getötet oder instrumentalisiert zu werden, von ihm einerseits um soziale und politische Ansprüche ergänzt; andererseits macht er sich daran, die Frage zu beantworten, was jenseits individueller moralischer Verpflichtungen erforderlich ist, um von den massiven Ungerechtigkeiten des *status quo* zu einer legitimen Erzwingung der Rechte von Tieren voranzuschreiten. Moralische Rechte können in demokratischen Gesellschaften ja nicht

unmittelbar zwingende Gewalt entfalten, ohne ihrerseits von parlamentarischer Gesetzgebung in positives Recht verwandelt worden zu sein. Wenn sie überhaupt über sanktionierende Macht verfügen, kann sich diese in politischen Kontexten zunächst allein im Modus „moralischer Empörung“ und „öffentliche[r] Überzeugungsbildung“ bemerkbar machen (S. 220). Im zweiten Hauptteil sieht sich Ladwig daher vor die Aufgabe gestellt, die politischen Bedingungen erzwingbarer Tierrechte mit dem demokratischen Charakter der institutionellen Grundstruktur zu vermitteln. Der entscheidende Schritt besteht darin, Tiere als Subjekte ihres politischen Schicksals anzusehen und, wenngleich nicht als Aktivbürger, so doch immerhin als Mitglieder demokratischer Gesellschaften aufzufassen, die parlamentarisch repräsentiert werden sollen. Zu dieser Schlussfolgerung gelangt Ladwig zumindest für diejenigen Tiere, „deren Lebensbedingungen wir kontrollieren und die regelmäßiger menschlicher Zuwendung bedürfen“ (S. 281), sei es aufgrund ihrer Unterwerfung unter oder ihrer Abhängigkeit von menschlichen Praktiken. Die politische Interessenvertretung wäre somit auf das bemerkenswerte Konzept eines „Spezies-Mainstreaming“ zu verpflichten, das heißt, sie müsste jedes Projekt und jedes Gesetz daraufhin überprüfen, welche Konsequenzen sie für tierliche Interessen haben. Im Schlusskapitel unterscheidet Ladwig dann in einem vierten Argumentationsschritt zwischen idealer und nicht-idealer Tierrechtstheorie. Es gehört formal dem zweiten Hauptteil an und stellt sich der faktischen Zerstrittenheit moderner Gesellschaften im Hinblick auf ihre Mensch-Tier-Verhältnisse. Aus ihr folgert Ladwig die Bringschuld, einen „bestmöglichen argumentativen Zugang zu andersdenkenden Bürgern“ zu entwickeln. An dieser Stelle der Argumentation geht es also nicht mehr darum, was sich mit Mitteln der Philosophie und politischen Theorie als folgerichtig erweisen lässt, sondern um die Frage, welche Vorgehensweisen und Argumente bei möglichen „Bündnispartnern“ – den nicht bereits tierrechtlich überzeugten Freundinnen des Tierwohls – kein „Befremden“ auslösen, sondern vielmehr „öffentliche Nachvollziehbarkeit“ finden werden, auch wenn sie „die vorherrschenden Vorstellungen und Gefühle stark strapazieren“ (S. 361–399).

(2) Dass eine politische Philosophie der Tierrechte zunächst auf einem Fundament moralischer Rechte entwickelt wird, reflektiert den unproblematischen Status, der Tierrechten in der heutigen Moralphilosophie zugeschrieben wird. Das Thema ist dort sozusagen ‚durch‘. „Dass Tiere Rechte haben, ist heute in der Ethik selbstverständlich.“⁵ Ladwigs Interessentheorie ist aber gerade in ihrer Differenziertheit geeignet, Zweifel am vermeintlich selbstverständlichen Charakter von Tierrechten zu säen. Um Tierrechte als *lingua franca* des Mensch-Tier-Verhältnisses zu etablieren, greift er auf deren Analogie zu moraltheoretisch verstandenen Menschenrechten zurück. Menschenrechte seien ja ebenfalls nichts anderes als Tierrechte, weil unsere Tiernatur für sie eine hinreichende

Bedingung abgebe (S. 20). Mit diesem naturalistischen Ansatz ist zunächst eine elementare Gleichheitsunterstellung verbunden, die seit den frühen Arbeiten von Peter Singer den Speziesismus vom Anti-Speziesismus unterscheidet: Wenn Menschen und Tiere im Hinblick auf ihre natürlichen Interessen übereinstimmen, dürfen sie nicht allein wegen ihrer Artangehörigkeit in unterschiedlichem Maße berücksichtigt werden. Ihre basalen Rechte sind dann zumindest in dem Sinne gleiche Rechte, dass ihre Interessen gleich respektiert werden müssen (S. 222). Ladwig geht hier noch einen Schritt weiter und fordert für Menschen und viele Tiere einen gleichen moralischen Status ein, der aus ihrer gleichen Interessenssubjektivität folge. Gleichen Interessen müsse die gleiche Bedeutung zugeschrieben werden: „Gleiche Schmerzen zählen *ceteris paribus* gleich, egal wessen Schmerzen es sind“ (S. 92) Wie soll man aber Interessenverletzungen messen und darüber entscheiden, welche schwerwiegender sind als andere? Selbst bei einem so elementaren Fall wie der Schmerzempfindung ist ungewiss, welche Gesichtspunkte hier einbezogen werden müssen, um ihr Gewicht einzuschätzen – Angst, Zuversicht, moralische Empörung, die Fähigkeit zur geistigen Verarbeitung? Die traditionellen Faktoren, die zur Bestimmung des Gewichts von Interessen herangezogen werden, wie die Intensität oder Dauer von Empfindungen, sind umstritten und jedenfalls nicht direkt zu messen. Der italienische Philosoph Federico Zuolo hat die Egalitaristen unter den Tierrechtlern daher aufgefordert zu beschreiben, wie man sich ein *interestometer* vorstellen solle, das die *ceteris paribus*-Gleichheit feststellt.⁶ Ladwig verfügt natürlich ebenso wenig wie andere Autorinnen über ein solches Instrument und versucht sich denn auch gar nicht erst an graduell komparativen Urteilen. Er verlegt sich vielmehr auf die Unterscheidung von unterschiedlich bedeutsamen *Klassen* von Interessen. Wenn wir Fälle am unteren und am oberen Ende der Interessenskala miteinander vergleichen, erscheint das durchaus einleuchtend: Verletzt eine triviale Interessenbefriedigung des Einen ein wichtiges Interesse des Anderen, wird offensichtlich gegen die Gleichheitsvoraussetzung verstoßen. Selbst die maximale Erfüllung von Interessen einer niedrigen Klasse kann Ladwig zufolge nicht die Verletzung eines konkurrierenden, aber bedeutsameren Interesses übertrumpfen: „Eine marginale Annehmlichkeit für noch so viele kann [...] eine regelrechte Quälerei für noch so wenige nicht rechtfertigen“ (S. 98). Eine „intersubjektive ‚Verrechnung‘ trivialer gegen grundlegende oder zentrale Interessen“ ist unzulässig (S. 116). Mit der Nicht-Verrechenbarkeit ist jedoch verträglich, dass dieselben Rechte, die sich aus gleich zu berücksichtigenden Interessen ergeben, unterschiedliches „Gewicht“ haben. „Das Gewicht eines Rechts ist [...] eine Funktion der Stärke des Interesses“ (S. 129). Zwar genießen Karpfen und Menschen dasselbe moralische Recht, nicht getötet zu werden, aber sie verfügen über dieses Recht nicht in derselben Stärke oder mit demselben Gewicht, weil sie unterschiedlich bedeutsame Interessen am Weiterleben haben. Ladwig erkennt sofort an,

dass diese Weichenstellung in der Konsequenz auch die strikte und kategorische Gleichberechtigung unter Menschen unterminieren muss, falls ihre Interessen am Weiterleben an Gewicht und Bedeutung deutlich auseinanderklaffen sollten. Zurückgreifen kann er hier konsequenterweise nur auf moralpragmatische Gründe, keine Abstufungen zwischen unterschiedlich ausgeprägten menschlichen Interessen am Weiterleben zuzulassen (S. 132). Auf die Folgen dieses Rechteverständnisses für die Gleichberechtigung unter Menschen kann und soll hier nicht weiter eingegangen werden. Nur nebenbei sei der Verweis gestattet, dass sich unter Bedingungen der Knappheit, etwa in einem pandemiebedingt überforderten Gesundheitssystem, drastische Situationen zur Illustration entsprechender Folgen anböten. Im Vergleich zwischen Tieren und Menschen ist dagegen die komparative Abstufung, dass „[b]eliebig viele Karpfen [...] notfalls sterben [müssten], damit kein einziger Mensch sein Leben verliert“ (S. 131), keine bloß moralpragmatische Festlegung, die unsere Alltagsgewissheiten stützen soll, sondern eine systematische Auskunft darüber, wie stark der Rechtediskurs Interessen eigentlich absichert. Tiere haben offenbar nur insofern ein moralisches Lebensrecht, als dieses nicht mit höherrangigen, und das bedeutet oft: menschlichen Interessen konfliktiert. Angenommen, eine vegane Ernährung erwiese sich für Kinder oder bestimmte Risikogruppen als ungeeignet (S. 180 – 182). In dem Falle wäre die tierrechtliche Prämisse, dass „[j]edes Subjekt von Empfindungen einen gültigen Anspruch auf ein eigenes Leben“ hat (S. 126), nach Ladwig folgendermaßen zu qualifizieren: „Jeder Mensch sollte so weit wie möglich auf Produkte verzichten, für die Tiere vermeidbar leiden, auf grundlegende Freiheiten verzichten und/oder vorzeitig sterben müssten. Wer sie ohne Not nachfragt, trägt damit zur Verletzung der Rechte von Tieren bei.“ (S. 181) Woher stammt hier das entscheidende Kriterium „ohne Not“? Und inwiefern sollte das Vorliegen einer Notlage etwas daran ändern, dass der Verzehr von Tieren deren Rechte verletzt? Die vergleichende Erörterung spielt sich ja weder im Rettungsboot (S. 130) noch im Naturzustand (S. 352) ab, sondern im Rahmen einer Diskussion über die normativen Grundlagen institutioneller Verhältnisse. Dann erscheint es aber erstaunlich, dass Personen, die aus hedonistischen Gründen Karpfen essen, deren Rechte verletzen, während andere, die etwa unter einer Lebensmittelunverträglichkeit leiden und Karpfen oder andere Tiere verzehren ‚müssen‘, um keinen gesundheitlichen Schaden zu nehmen, das nicht tun. Die präsumtiven Rechte der Karpfen werden ja im letzteren Fall nicht nur „übertreten“ (S. 120), wenn man sie tötet, sondern insgesamt ausgelöscht. Die Unterscheidung zwischen der Übertretung und der Verletzung von Rechten hat dort, wo der Rechtsträger es mit dem Leben bezahlt, etwas Sophistisches. Weiterhin stellt sich die Frage, welches konkurrierende Recht Menschen haben sollten, das gegen das Lebensrecht eines Karpfens aufzuwiegen wäre? Ein Recht ist für Ladwig nur so stark wie das zugrundeliegende Interesse, aber das Interesse am

Überleben, so bedeutsam es auch im Fall von Menschen sein mag, erzeugt offensichtlich noch kein Recht darauf, die Umgebung aufzuessen. Zugestanden, nicht alle Rechte „sind so stark, dass sie nur im Konflikt mit anderen Rechten unterliegen können“ (S. 123). Aber wenn das nicht einmal für das Lebensrecht gilt, wenn das Töten von Karpfen nicht zu den „an sich falschen Handlungen“ gehört, die „*unbedingt*“ zu vermeiden sind (S. 99), dann ist fraglich, was die Rede von Rechten der Formulierung von konditional schützenswerten Interessen, die im Konfliktfall zurücktreten müssen, hinzufügt. Es erscheint kontraproduktiv, auch einfache Tiere zunächst mit moralischen Rechten auszustatten, nur um sie ihnen im Aufeinandertreffen mit Interessen höheren Typs sofort wieder zu entreißen. Wenn Tiere das moralische Recht haben, nicht getötet zu werden, aber Menschen ihren Verzehr nicht entbehren können, dann ist das umso schlimmer für die Menschheit, aber die Rhetorik moralischer Rechte sollte ihnen hier keine Wahl lassen. Das Vokabular moralischer Tierrechte stellt uns mithin in manchen Fällen vor die unbefriedigende Wahl zwischen einer inakzeptablen Gleichstellung von Tieren und Menschen einerseits und einer interessentheoretisch funktionalisierten Aufweichung des deontologischen Rechtevokabulars andererseits. Wenn tierliche Rechte für das Überleben der Menschheit funktionalisiert werden können, aber nicht umgekehrt, dann scheint die Rede von ihrer „Gleichberücksichtigung“ das falsche normative Register zu wählen. Sofern man am Vokabular moralischer Rechte festhalten möchte, wäre es plausibler, Interessenkonflikte und die Frage nach politisch tolerablen Rechteverletzungen ganz in die nicht-ideale Theorie zu verlegen, analog zu der dort erörterten Frage, wie sich die Subsistenznotwendigkeiten von Inuit-Fischern einer Tierrechts-Governance einpassen lassen (S. 368). Ich werde darauf im übernächsten Abschnitt (4) zurückkommen.

(3) Die Initialzündung zum *political turn* erfolgte mit dem von Donaldson und Kymlicka in *Zoopolis* entwickelten Konzept einer Staatsbürgerschaft für domestizierte Tiere. Zu dieser provokativen Idee geht Ladwig auf Abstand, was auch strategischen Gesichtspunkten geschuldet sein mag, scheint doch das staatsbürgerliche Vokabular heute selbst in ökologisch sensiblen und demokratietheoretisch informierten Kreisen noch stärkeres Befremden auszulösen als die offenbar normalisierte, damit aber längst nicht konsenterte Rede von Tierrechten.⁷ Dabei ist die Grundidee *politischer* Reflexrechte für Tiere durchaus naheliegend. Im Gegensatz zu moralischen Rechten gelten politische Ansprüche nur in bestehenden Beziehungen; es handelt sich bei ihnen mithin um relationale, aber damit nicht minder stringente Ansprüche. Die elementarste Form der Beziehung liegt darin, dass Tiere politisch erzeugten, gewaltbewehrten Normen unterworfen sind, die regeln, was man ihnen antun darf. Allerdings ist heute kaum noch umstritten, dass alle diejenigen, die politischer Herrschaft unterworfen sind, einen Anspruch auf die politische

Berücksichtigung ihrer Interessen und Perspektiven haben. Das Thema ist in der politischen Theorie sozusagen ‚durch‘. Da auch bei Ladwig die Unterwerfung unter ungerechte Strukturen am Anfang steht, vermag er daraus für die territorial anwesenden, in ihrem Wohl und Wehe von politischen Entscheidungen abhängigen Tiere einen mitgliedschaftlichen Status im politischen Gemeinwesen abzuleiten, der sich in parlamentarischer Repräsentation äußern soll. Damit ist der entscheidende Schritt zur politischen Inklusion von Tieren getan, sodass nun deren detaillierte Ausgestaltung folgen könnte.

Trotz seines anti-speziesistischen Ansatzes macht Ladwig aber kurzen Prozess mit der Idee einer Bürgerschaft für Tiere, weil sie nicht an deren manifeste Interessen anknüpfe. Donaldson und Kymlicka agierten „in falscher Weise politisch, weil sie den Pfad der Interessentheorie“ verließen und Staatsbürgerschaft als Aktivbürgerschaft deuteten (S. 323). Tatsächlich haben sich die kanadischen Philosophinnen durch teils überschießende Interpretationen tierlicher Teilhabe- und Widerstandspraktiken angreifbar gemacht. Auch Eva Meijers im Anschluss an *Zoopolis* entwickeltes Konzept einer Deliberation mit Tieren⁸ überspannt unsere anthropomorphen Anforderungen an die Mitwelt. Damit ist aber die Forderung nach einer Institutionalisierung von Verhältnissen der Konsultation, Verhandlung und Repräsentation zwischen Tieren und Menschen nicht vom Tisch. Ladwigs nüchterne Kritik an zu weitgehenden Erwartungen an tierliche Handlungsfähigkeit leuchtet insofern ein, als Tiere kein am Gemeinwohl interessiertes Rollenverhalten an den Tag legen können. Und es versteht sich ebenfalls, dass Tiere das Konzept der Staatsbürgerschaft nicht selbst einsehen können. Der Bürgerstatus „ist in ihren intentionalen Orientierungen nicht vorgesehen“ (S. 324). Aber bedeutet das, dass wir ihnen den politischen Status der Bürgerschaft nicht zuschreiben sollten, auch wenn sie darauf einen Anspruch haben, das heißt: wenn sie ansonsten die dafür als hinreichend erachteten Kriterien erfüllen? Dass Tiere keine *moralischen* Akteure sind und den Status eines moralischen Akteurs nicht verstehen, soll uns ja, wie Ladwig im ersten Hauptteil des Buches gezeigt hat, nicht davon abhalten, ihnen einen moralischen Status zuzuschreiben. Warum sollten wir ihnen also nicht auch einen – zu qualifizierenden – Bürgerstatus zugestehen? Das empiristische Korsett von Ladwigs Interessenkonzeption, die Ansprüche letztlich nur dann abzusegnen bereit ist, wenn sie sich in unmittelbarer Verbesserung der Tierwohlfahrt niederschlagen, verstellt die Einsicht darauf, dass Tiere aus bestehenden Beziehungen einen stringenten Anspruch auf eine politische Quasi-Bürgerschaft geltend machen können, der sich von den moraltheoretischen Berücksichtigungspflichten des ersten Hauptteils fundamental unterscheidet.

Möglicherweise ist Ladwigs Absage an den Bürgerstatus nur ein Streit um Worte, denn wie in der Moral vertritt er auch in der Politik ein egalitäres Verständnis von tierlicher Mitgliedschaft: „Alle Mitglieder zählen, und alle zählen als Gleiche“ (S. 289). Die mitgliedschaftlichen Beziehungen, die er in Unterwerfung und Abhängigkeit begründet sieht, mögen allerdings zu schwach sein, um eine politische Gleichberücksichtigung zu sichern. Ein stärkeres Kriterium, um eine symmetrische Einbeziehung zu fordern, ist das der sozialen Kooperation zwischen Tieren und Menschen, die ebenfalls unabhängig von irgendwelchen Interessen Ansprüche auf Respekt und die Verteilung der Früchte gemeinsamer Arbeit generiert, von Ladwig aber nur als „rhetorische Verstärkung von ohnedies bestehenden Ansprüchen“ anerkannt wird (S. 239).⁹ Das dürfte aber für die meisten politischen Ansprüche in Ladwigs Konzeption gelten, einfach weil die Moral bereits ein so breites Spektrum von ihnen erzeugt. Mit der Ausnahme spezieller Rechte, wie etwa der Absicherung der Gesundheitsversorgung für arbeitende Tiere, finden sich Ansprüche gegen Unterdrückung und bei Bedürftigkeit bereits im moralphilosophischen Teil der Arbeit. Ladwig mag auf ein stärkeres Konzept des Bürgerstatus letztlich deswegen verzichten, weil in seiner Konzeption die nicht-relationalen Ansprüche aus moraltheoretischer Reflexion schon so weitgehend sind, dass die relationale, mitgliedschaftliche Semantik bereits bestehende moralische Verpflichtungen nurmehr verdoppelt. Unterlassungspflichten folgen strikt aus der Moral, und positive Pflichten gibt es auch dort, wo keine politisch relevanten Beziehungen bestehen, denn bereits „besondere Bedürftigkeit“ ist im Stande, hinreichende Gründe für Unterstützungspflichten zu generieren (S. 201). Die politische Theorie aus der *Politischen Philosophie der Tierrechte* könnte daher genauso gut als Theorie der Zuständigkeit wie als Theorie der Mitgliedschaft formuliert werden. Auf diesem Weg ließen sich unsere wesentlichen Pflichten gegenüber Tieren über die moralische Bedeutung von Rechten und Abhängigkeiten erschließen, während die territoriale Basis der politischen Gemeinschaft dann nur noch den Anwendungsbereich der Gerechtigkeit spezifizierte.

(4) Im letzten Kapitel des Buches nimmt sich Ladwig die schwierige Frage nach den Verwirklichungsbedingungen seiner Konzeption vor. In den westlichen Gesellschaften haben sich bisher nur relativ wenige Zeitgenossinnen von tierrechtlichen Argumenten überzeugen lassen. „Die Mehrheit in unseren Demokratien ist heute fraglos für Tierwohlbelange empfänglich, dürfte zugleich aber glauben, über Vegetarismus und Veganismus könne man vernünftigerweise geteilter Meinung sein“ (S. 295). Wie soll man aber als Tierrechtlerin „mit der Tatsache umgehen, dass bis jetzt überall nur Minderheiten für Tierrechte eintreten“ (S. 366)? Wie soll der Übergang zu gerechteren Verhältnissen erfolgen? Mit John Rawls nimmt Ladwig an, dass eine politische Transformation zunächst

das größte vorhandene Übel angehen müsste, in diesem Fall also die systemische Quälerei von Millionen Nutztieren in der Massentierhaltung. Die dortigen Missstände verdanken sich Ladwig zufolge vor allem dem vorherrschenden „Ressourcenparadigma“, das uns dazu verleite, Nutztiere nur verdinglicht, das heißt als Lieferanten von Produkten zu betrachten. Die Unterscheidung zwischen bäuerlicher und industrieller Nutztierhaltung interessiert ihn dabei nicht.

Ladwigs nicht-ideale Strategie lautet, grob zusammengefasst: Tierrechte, aber mit minimalen Ausnahmen. Er schlägt eine „radikalisierte Tierwohlposition“ als Übergangstheorie vor, die Koalitionsbildungen ermöglichen und auch politischen Einfluss entfalten soll. Erstaunlicher Weise greift er dafür aber nicht auf seine politische Theorie der Mitgliedschaft aus dem zweiten Hauptteil des Buches zurück, sondern auf die Methode der Interessenabwägung aus dem ersten Teil. Wie schon die Idealtheorie unterscheidet auch seine Übergangstheorie dabei zwischen notwendigen und arbiträren Quälereien und Tötungen, zwischen gewichtigen und trivialen Interessen. Im Unterschied zur Idealtheorie ist sie insbesondere bereit, in modernen Gesellschaften unter bestimmten Bedingungen die Zufügung von Schmerzen, aber kaum je die Tötung von Tieren zuzulassen. Im Gegensatz zu konkurrierenden Ansätzen, die am Qualverbot festhalten und vom Tötungsverbot abrücken, bewertet Ladwig Laborexperimente an Tieren zugunsten wichtiger menschlicher Gesundheitsinteressen als im Prinzip zulässig, während er Praktiken landwirtschaftlicher Tierhaltung, selbst wenn sie in schmerzloser Tötung münden, als auf trivialen Interessen basierend zurückweist. Die nicht-ideale Theorie ist somit nahezu deckungsgleich mit der entwickelten Idealtheorie. Nur minimal, nämlich zugunsten sehr zentraler, nicht substituierbarer menschlicher Interessen an Gesundheits- oder Subsistenzgütern (wie etwa den Fischen vor Grönland, die den dort ansässigen Fischerkulturen das Überleben sichern) weicht sie von der zuvor in der Moral entwickelten Tierrechtskonzeption ab. Wie jene lasse auch diese sich nur in einer durchgehend nach veganen Prinzipien organisierten Gesellschaft realisieren, die sich, wie Ladwig an anderer Stelle einräumt, allerdings ohne eine vorhergehende „kulturelle Revolution [...] mit demokratischen Mitteln nicht verwirklichen“ lasse (S. 220). Es muss daher bezweifelt werden, dass seine nicht-ideale Position nicht-ideal genug ist, um die Unterstützung wichtiger gesellschaftlicher Akteure und Initiativen zu finden, selbst solcher, die sich dem Tierwohl verschrieben haben – falls er diese nicht schon von vornherein definitorisch auf die Tierrechtsbewegung eingeschränkt wissen möchte, indem er sie auf „Gerechtigkeit“ für Tiere festlegt (S. 370). Zweifelhaft ist insbesondere, ob seine Position von den oben erwähnten Bürgerinnen, die von „vernünftigen Meinungsverschiedenheiten“ ausgehen, tatsächlich als Gesprächsangebot verstanden werden kann, da ihnen kein gemeinsam

geteilter Ausgangspunkt angeboten wird. Wenn die tierrechtliche Strategie in nicht-idealen Gesellschaften nicht einmal in Ansätzen verfängt, lässt sich auch in konstruktiver Absicht bezweifeln, ob eine bloß geringfügige Reduktion ihres Anwendungsbereichs wirklich eine zündende Idee ist.

Die mangelnde Überzeugungskraft von Ladwigs nicht-idealer Konzeption mag aus ihrer reduktiven Rahmung von Interessenkonstellationen resultieren. An der Gegenüberstellung von Laborexperimenten und Tierschlachtung, von Krebsmedikation und „Gaumenschmaus“ (S. 377) zeigt sich, wie kleinformatig die Realitätsausschnitte sind, die Ladwigs empiristisches Interessenverständnis sich vornimmt: hier bedeutsam, dort trivial. Die Interessen, die hier zu verhandeln und auf ihr Gewicht zu überprüfen wären, betreffen aber nicht allein die Kaufentscheidung im Supermarkt, hinter der in jedem Einzelfall wichtige Motive stehen mögen, sondern auch die Sinnhaftigkeit und kulturelle Bedeutung landwirtschaftlicher Nutztierhaltung als Ganze. Die Vielfalt der Interessen, die mit der Arbeit und Interaktion in landwirtschaftlichen Betrieben selbst dort verbunden sind, wo im Ergebnis die Tötung der Tiere steht,¹⁰ sollte zumindest dort, wo die Transition zu gerechteren Verhältnissen infrage steht, nicht vorschnell als aus tierrechtlicher Sicht „trivial“ abqualifiziert werden. Es scheint keineswegs ausgemacht, dass für die kohärente Praxis einer Bewirtschaftung von Weiden, der Erzeugung von Nahrungsmitteln, bei der die Tötung älterer Tiere auch im Dienst der Reproduktion der Herde steht, allein wirtschaftliche Interessen und „Gewohnheiten und Vorurteile sowie die Macht der Trägheit“ ins Gewicht fallen (S. 387). Wenn, wie Ladwig plausibler Weise annimmt, das größte Unrecht, mit dem die nicht-ideale Theorie zuerst aufräumen soll, das millionenfache Leid der Massentierhaltung ist, so kann er diese Zielperspektive nicht umstandslos auf die gesamte bäuerliche Landwirtschaft übertragen. In vielen ökologisch wirtschaftenden Betrieben (S. 384), und nicht nur in ihnen, werden die bestehenden Gewaltverhältnisse problematisiert und schonendere Praktiken erprobt. Zunehmend erscheint es allerdings notwendig, Ansätze zu kooperativen Verhältnissen zwischen Menschen und Tieren in der Landwirtschaft außerhalb der existierenden politischen Förderstrukturen und außerhalb des Lebensmittelmarkts zu etablieren.¹¹

Eine grundlegende Alternative, die der konzeptionellen, motivationalen und strategischen Schwäche von Ladwigs nicht-idealer Konzeption abhelfen könnte, läge darin, auf die von ihm herangezogene Kategorie der Tiermitgliedschaft, also auf die zentrale Kategorie des *political turn* zurückzugreifen, die mit dem Eintritt in die nicht-ideale Theoriebildung völlig in Vergessenheit zu geraten scheint. Womöglich wäre es aussichtsreicher, das nicht-ideale Nachdenken über Tierpolitik mit der Institutionalisierung von Vertretungsrechten als

allgemein zustimmungsfähigem Ausgangspunkt beginnen zu lassen und erst im weiteren Verlauf (wie es in demokratischen Gesellschaften auch nicht anders sein kann) Tiere mit juristischen Rechten auszustatten und die notwendigen menschlichen Handlungseinschränkungen legitim durchzusetzen. „Wer immer politischer Herrschaft unterworfen ist, dessen Interessen müssen politisch repräsentiert werden.“ – Wer wollte dieser Verallgemeinerung widersprechen? Demokratien fällt es oft leichter, von allgemein zustimmungsfähigen Prozeduren auszugehen, um fundamental umstrittene normative Fragen zu klären. Von daher könnte die politische Vertretung von unterworfenen, abhängigen oder kooperierenden Lebewesen trotz des anfänglichen Verfremdungseffekts, den die mitgliedschaftliche Semantik mit sich bringt, durchaus einen vielversprechenden Einstieg bieten, der „ernsthaft denkenden Mitbürgern weder respektlos noch sektiererisch“ vorkommt (S. 399) – auch dort, wo eine Übereinkunft über die Zuschreibung vorpolitischer Rechte nicht in Sicht ist. Der Umweg über die politische Institutionalisierung tierlicher Ansprüche wäre auch geeignet, die hier erörterten Probleme der Priorisierung von Interessen im Konfliktfall auf eine Weise anzugehen, die es gestattet, ihr Gewicht demokratisch zu bestimmen und nicht allein philosophisch zu präjudizieren.

Angesichts dieser, wie ich hoffe, vernünftigen Meinungsverschiedenheiten sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass Ladwigs Buch neue Standards an Klarheit und Vollständigkeit für die tierpolitische Auseinandersetzung setzt. Wer sich in Zukunft zu tierpolitischen Fragen äußert, wird seine Position mit Blick auf Ladwigs Ansatz bestimmen müssen. Das Buch bringt die Einsichten über die Ko-Existenzweisen von Tieren und Menschen auf eine so differenzierte Weise zum Ausdruck, wie sie die mit breitem Pinsel malende umweltethische Diskussion unserer Tage in der Regel nicht erreicht. Es ist daher sehr zu wünschen, dass der *political turn* zukünftig auch hierzulande auf dem von Ladwig vorgegebenen Niveau diskutiert wird, bevor in der Debatte über den Klimawandel schließlich alle Kühe grau werden.

Endnoten

1. Siehe dazu jetzt Robert Garner / Yewande Okuleye, *The Oxford Group and the Emergence of Animal Rights. An Intellectual History*, Oxford 2020.
2. Vgl. dazu Svenja Ahlhaus / Peter Niesen, [What is Animal Politics? An Outline of a New Research Agenda](#), in: *Historical Social Research* 40 (2015), 4, S. 7–31.
3. So etwa Kai Spanke, Können sie leiden? Rezension zu Bernd Ladwig, *Politische Philosophie der Tierrechte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.7.2020.
4. Vgl. Sue Donaldson / Will Kymlicka, *Zoopolis. Eine politische Theorie der Tierrechte*, übers. von Joachim Schulte, Berlin 2013; Alasdair Cochrane, *Sentientist Politics: A Theory of Global Inter-Species Justice*, Oxford 2018.
5. Siehe Martin Hartmann, [Fleischkonsum: „Wir überwinden ständig unser moralisches Gewissen“](#). Interview mit Jana Avanzini, in: *zentralplus. News plus mehr für Luzern und Zug*, 18.2.2018, <https://www.zentralplus.ch/fleischkonsum-wir-ueberwinden-staendig-unser-moralisches-gewissen-818255/>
6. Federico Zuolo, [Misadventures of Sentience: Animals and the Basis of Equality](#), in: *Animals* 9 (2019), 12, 1044, S. 1–13, hier S. 7.
7. Dass die Soziologie da einen Schritt weiter ist, zeigt etwa die Hamburger Dissertation von Marcel Sebastian, *Cultural and Institutional Frames of Human-Animal Relations*, Hamburg 2020 (Ms.).
8. Vgl. Peter Niesen, *Auf dem Weg zur Interspezies-Demokratie*, in: *Soziopolis*, 13.02.2020.
9. Einen alternativen Ansatz, der Kooperation als begründend, die Ausstattung mit Tierrechten dagegen als abgeleitet auffasst, vertritt Luise Müller, *Gerechtigkeit für Tiere? Soziale Kooperation und basale Rechte*, in: *TIERethik* 12 (2020), 2, S. 29–54.
10. Jocelyn Porcher, *The Ethics of Animal Labor. A Collaborative Utopia*, Basingstoke 2017.
11. Zum Stichwort „Solidarische Landwirtschaft“ vgl. die Informationen unter

<https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite><https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite>; Siehe dazu auch Philipp von Gall, Agrarwende auch für Tiere. Gesellschaftliche Grundlagen und Herausforderungen, in: Elke Diehl / Jens Tuider (Hg.), Haben Tiere Rechte? Berlin 2019, S. 191–202.

Peter Niesen

Peter Niesen ist seit 2013 Professor für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie, an der Universität Hamburg. Er war 2007 Gründungsmitglied des Exzellenzclusters „Herausbildung normativer Ordnungen“. Zu seinen neueren Veröffentlichungen zählt „Reframing civil disobedience: Constituent power as a language of transnational protest“, Journal of International Political Theory (2019).

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozio.polis.de/mehr-demokratie-wagen.html>